

transparent

VBE**Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)**

Landesverband Sachsen-Anhalt e. V. / Lehrgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund

Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Sachsen-Anhalt



*Der Verband Bildung und Erziehung Sachsen-Anhalt
wünscht seinen Mitgliedern
ein schönes und besinnliches Weihnachtsfest!*

Seite 3: Forsa-Umfrage „Gewalt gegen Lehrer“ –
erschütternde Wahrheiten zutage gefördert

Seite 19: Pädagogische Mitarbeiter an Grundschulen –
unverzichtbare Stütze oder Auslaufmodell?

Seite 16: VBE-Forderungen für die Tarifrunde 2017

Seite 21: Was Sie wissen sollten – Festhalten im Klassenraum

„Pädagogische Mitarbeiter sind ein Auslaufmodell ...“

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,



Helmut Pastrik

kennen Sie diese Aussage? Ich kann mich noch an diese Worte des ehemaligen Staatssekretärs Geue im Finanzministerium bei den Tarifverhandlungen für die Pädagogischen Mitarbeiter im Jahr 2010 erinnern.

Ganze sechs Jahre haben unsere Abgeordneten und Landesregierungen benötigt, um ihre Fehleinschätzung zu revidieren. Leider viel zu spät! Nun fehlen die dringend benötigten Kolleginnen und Kollegen an allen Enden in der Bildungslandschaft. Da werden Pädagogische Mitarbeiter von den Förderschulen abgezogen, um Lächer an anderen Schulen zu stopfen, die sie dringender brauchen. Und Bildungsminister Tullner kritisiert das Landesschulamt?! Haben die etwa am Ministerium vorbei gearbeitet oder macht jetzt jeder, was er will ohne Rücksicht auf die dabei neu entstehenden Probleme. Oder schiebt hier der eine dem anderen die Schuld in die Schuhe? Wie auch immer! Handeln ist angesagt! Nur so kann man die Probleme angehen und eventuell auch lösen. Und nun haben wir es auch begriffen und wollen neue Pädagogische Mitarbeiter einstellen. Aber woher nehmen? Nun ja, die sind nun nach 26 Jahren Wende auf einmal auch wieder „unterrichtsfähig“. Welch eine Wende! Ja, Grundschullehrer brauchen wir auch und woher nehmen wir sie? Da erinnert man sich doch glatt an die Kolleginnen und Kollegen, denen man noch vor 26 Jahren das Unterrichten abgesprochen hat. Nun, so viele kann es aber gar nicht mehr geben, denn sie sind ja ein „Auslaufmodell“ und viele sind mit der Zeit schon im wohlverdienten Ruhestand. Jetzt fehlen diese Kolleginnen und Kollegen aber zusätzlich noch als Pädagogische Mitarbeiter an den Schulen. Und als Mathematiklehrer kann ich nur Nachhilfe vorschlagen, denn wenn man von einem Minusbetrag noch etwas abzieht, wird der negative Betrag größer und nicht kleiner.

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Sie können sich doch sicher auch noch nach 27 Jahren an den Spruch von Michail Gorbatschow erinnern. Hätten wir uns in Sachsen-Anhalt diese Gedanken zum Leitmotiv gemacht, müssten wir jetzt nicht versuchen, die Mangelwirtschaft im Bildungsbereich mit Aktionen wie „Bäumchen wechsel dich“ in den Griff zu bekommen. Und über den holprigen Weg zur inklusiven Bildung will ich mich an dieser Stelle gar nicht erst auslassen.

Dass uns die Fachkräfte fehlen, wissen wir eigentlich schon sehr lange. Nun ist aber Fantasie gefragt, um das Problem im Interesse der jetzigen und kommenden Schülergenerationen zu lösen. Um es mit Albert Einstein zu sagen:

„Fantasie ist wichtiger als Wissen, denn Wissen ist begrenzt.“

Bei aller Fantasie sollten wir aber auch an die Aussage des CDU-Politikers Werner Remmers denken:

„Wir müssen die Bildungspolitik in Ruhe wie eine Pflanze wachsen lassen. Wir dürfen sie nicht alle vierzehn Tage ausbuddeln, um zu sehen, welche Wurzeln sie geschlagen hat.“

Hoffen wir auf viel Fantasie unseres Bildungsministeriums im kommenden Jahr.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für die bevorstehende Adventszeit, die Weihnachtsfeiertage und den Start in das Jahr 2017 viele besinnliche Stunden im Kreise Ihrer Familien und im Freundeskreis sowie erholsame Ferien.

Ihr
Helmut Pastrik

Vorab-Informationen

Im Zeitraum vom 24.08.–26.08.2017 findet der nächste planmäßige Landesvertretertag in Sangerhausen statt.

Geschäftsführender Vorstand

Impressum

VBE transparent – Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung, Landesverband Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle

Feuersalamanderweg 25, 06116 Halle/Saale
Telefon: 0345 – 6872177, Fax: 0345 – 6872178
Internet: www.vbe-lsa.de, E-Mail: post@vbe-lsa.de

Bankverbindung

Sparkasse Halle, IBAN: DE81 8005 3762 0387 0113 17
BIC: NOLADE21HAL

Namentlich gekennzeichnete Artikel sowie Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Anzeigen

Landesgeschäftsstelle

Redaktionelle Bearbeitung

Torsten Wahl (Schriftleiter)
Forellenweg 13, 06463 Falkenstein/Harz
Telefon: 034741 – 679001, Fax: 034741 – 72926

Karin Schemmerling
Maiglöckchenring 21, 06198 Salzaal
Telefon/Fax: 034609 – 20132

Basis-Gestaltung

Typoly, Berlin | www.typoly.de

Satz und Druck

Wilke Mediengruppe GmbH | www.wilke-mediengruppe.de

ISSN: 2190-4499

Forsa-Umfrage „Gewalt gegen Lehrer“ – erschütternde Wahrheiten zutage gefördert

Angesichts der Ergebnisse der Forsa-Umfrage zur Gewalt gegen Lehrer zeigt sich der VBE Sachsen-Anhalt bestürzt. Die Gewalt gegenüber Lehrkräften ist ein Sachverhalt, über den in Sachsen-Anhalt viele Jahre sich der Mantel des Schweigens gelegt hatte.

„Gewalt gegen Lehrkräfte“ wird von 57 Prozent der Befragten als Tabuthema angesehen. So ist es auch zu erklären, dass 15 Prozent der Befragten angaben, dass sie bei psychischen Angriffen durch Schüler nichts unternommen haben. Erfolgte der psychische Angriff durch Eltern, geben sogar 35 Prozent der befragten Lehrkräfte an, den Vorfall nicht gemeldet zu haben.

Der Landesvorsitzende H. Pastrik kommentiert: „Die Gewalt gegen Lehrkräfte wird häufig zum Privatproblem des Betroffenen erklärt. Fehlende Unterstützung der Verantwortlichen, Zweifel an der Erfolgsaussicht und die Angst vor Konsequenzen verhindern die konsequente Meldung und Verfolgung von psychischen und physischen Angriffen. Der Arbeitgeber und Dienstherr muss sich schützend vor und vor allem unterstützend hinter die Lehrkräfte stellen.“

Auch wenn für Sachsen-Anhalt keine genauen Zahlen vorliegen, so ist doch von einer ähnlich hohen Quote auszugehen. Viele Lehrkräfte trauen sich nicht, Gewaltübergriffe öffentlich zu machen oder zur Sprache zu bringen. Die Gründe können sehr vielschichtig sein, aber einer der Hauptgründe ist das sich Allein-gelassen-Fühlen seitens des Arbeitgebers bzw. durch die Schulleitung.

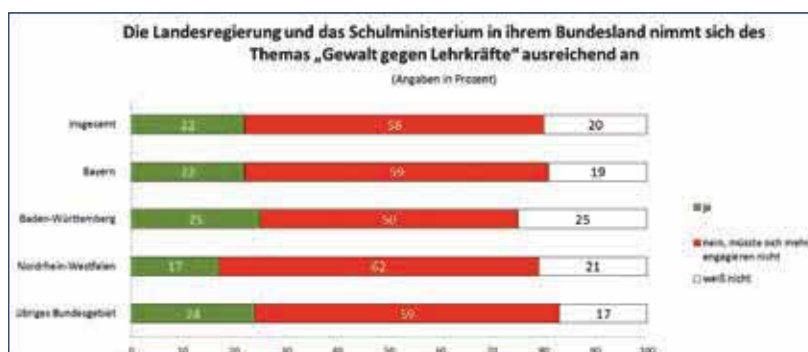
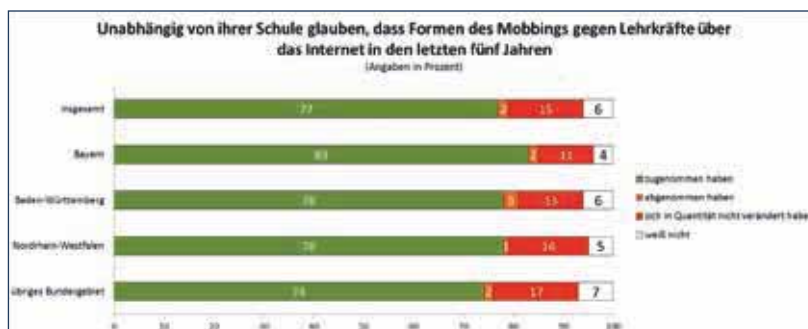
Erst mit der im Jahre 2013 gestarteten Arbeit der Firma medical airport services auf dem Gebiet findet eine Versorgung auf arbeitsmedizinischen Gebiet und psychologischer Betreuung statt.

Das ansteigende Maß an Cybermobbing ist ein Zeichen der zunehmenden Verrohung in der Gesellschaft. 77 Prozent der Befragten sehen eine Zunahme von Formen des Mobbings über das Internet. Fast jede dritte befragte Lehrkraft gab an, dass es Fälle an der Schule gab.

Schlagworte wie Shitstorming, Bashing und andere zeigen, wie sich die Täter immer weiter ins Anonyme des Internets und sozialer Netzwerke verstecken wollen. Zugleich wird aber auch deutlich, wie schwierig es für die Betroffenen wird, den oder die Täter zu erkennen.

Ein wesentlicher Baustein in der Arbeit gegen Cybermobbing ist die Stärkung der Medienkompetenz in der Schule, für Schülerinnen und Schüler wie für die Pädagoginnen und Pädagogen. Ausbildung von Medienkompetenz benötigt mehr als nur das Hinstellen von Computern und Breitbandanschlüssen.

Hier sind tiefgreifende und nachhaltige Konzepte gefragt, keine Schnellschüsse! Dazu gehört auch ein eigenständiges Unterrichtsfach in allen Schulformen, in dem zentral auf die Entwicklung und Ausbildung von Medienkompetenzen eingegangen wird.



Präventiv könnte neben Gesprächen mit den Schülern, einem Schulkodex und Kooperationen mit der Polizei und externen Institutionen vor allem das Arbeiten in multiprofessionellen Teams und in ausreichend großen Räumen wirken. Allerdings werden diese Gelingensbedingungen von der Politik verweigert. Während 68 Prozent der Befragten die Zusammenarbeit mit multiprofessionellen Teams als sinnvoll für die Gewaltprävention erachten, arbeiten nur 41 Prozent der Lehrkräfte so. Beckmann empört: „Das ist ein vom Bildungsministerium geschriebenes Drama, in dem die Lehrkräfte fünf Rollen auf einmal spielen sollen. Es besteht dringender Handlungsbedarf!“

Dass die Politik reagieren muss, zeigt sich auch an diesem Ergebnis: 45 Prozent der Befragten erwarten von der Schulverwaltung und 58 Prozent der Befragten von der Landesregierung und dem Schulministerium, dass sie endlich mehr unterstützt und besser geschützt werden.

Wir fordern von der Landesregierung:

- Gewalt gegen Lehrkräfte darf kein Tabu-Thema mehr sein.

- Die Dokumentation von Vorfällen hat verpflichtend zu erfolgen.
- Statistiken müssen geführt und veröffentlicht werden.
- Die Lehrkraft muss die volle Unterstützung des Dienstherren erhalten.
- Entwicklung klarer Strukturen, an wen sich Lehrkräfte wenden können und was nach einem Übergriff zu tun ist
- Unterstützung der Schulen durch multiprofessionelle Teams
- Ein breites Fortbildungsangebot
- Vermittlung von Medienkompetenz als Prävention gegen Cybermobbing

VBE-Landesvorstand

Quelle der Daten:

Gewalt gegen Lehrkräfte – Ergebnisse einer repräsentativen Lehrerbefragung; forsa Politik- und Sozialforschung GmbH Büro Berlin; 8. November 2016

Bewährtes Trio des geschäftsführenden Bundesvorstandes wird auch in der kommenden Legislaturperiode den VBE-Bundesverband führen

Die Bundesversammlung des VBE am 17. November in Dortmund stand im Zeichen der Wahl des geschäftsführenden Bundesvorstandes, von Satzungsanpassungen, eines neuen Kommunikationskonzepts und der Ziele für die kommende Arbeit im Bundesverband sowie in den Landesverbänden. Aber auch die erst vor wenigen Tagen veröffentlichte forsa-Umfrage des VBE zur Gewalt gegen Lehrkräfte, die in den Medien auf viel Interesse und in den Ländern sicher nicht bei allen auf Gegenliebe gestoßen ist, stand im Mittelpunkt der Beratungen.

Die Wahl des neuen geschäftsführenden Vorstandes verlief reibungslos und mit überwältigender Mehrheit wurde das Trio, bestehend aus Udo Beckmann (Bundesvorsitzender), Rolf Busch (1. Stellvertreter) und Gerhard Brand (Schatzmeister) wiedergewählt. Das ist sicher auch der umsichtigen, vielschichtigen und engagierten Tätigkeit des Trios in der letzten Legislaturperiode des VBE-Bundesverbandes geschuldet.

Dafür wurde ihnen in der Bundesversammlung auch noch einmal ausdrücklich gedankt.

Ich und sicher auch der gesamte VBE-Landesverband Sachsen-Anhalt wünschen ihnen auch für die kommende Wahlperiode eine immer glückliche Hand im Lenken der Geschicke des VBE im Interesse aller Mitglieder.

Einige wichtige Anträge möchte ich hier nennen bzw. kurz erläutern:

■ Leitantrag „Gewalt gegen Lehrkräfte“:

Die Bundesversammlung des VBE fordert den Bundesvorstand dazu auf, sich auf der Basis der repräsentativen forsa-Umfrage „Gewalt gegen Lehrkräfte“ auf Bundesebene und in den einzelnen Landesverbänden für Folgendes einzusetzen:

- Gewalt gegen Lehrkräfte darf kein Tabu-Thema mehr sein.



Die neue Bundesleitung.

- Die Dokumentation von Vorfällen hat verpflichtend zu erfolgen.
- Statistiken müssen geführt und veröffentlicht werden.
- Die Lehrkraft muss die volle Unterstützung des Dienstherren erhalten.
- Entwicklung klarer Strukturen, an wen sich Lehrkräfte wenden können und was nach einem Überblick zu tun ist
- Unterstützung der Schulen durch multiprofessionelle Teams
- Ein breites Fortbildungsangebot
- Vermittlung von Medienkompetenz als Prävention gegen Cybermobbing

■ Leitartikel „Manifest des BLLV: Haltung zählt“:

Das vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband herausgegebene Manifest „Haltung zählt“ gegen die Verrohung von Sprache und Umgangsformen ist von hoher gesellschaftlicher Relevanz, wie die mediale Aufmerksamkeit nach der Veröffentlichung gezeigt hat. Der VBE-Bundesvorstand stellt sich daher hinter dieses Manifest und fordert die Landesverbände dazu auf, es in ihre bildungs- und gesellschaftspolitische Arbeit aufzunehmen.

Das Manifest im Wortlaut kann von unserer Homepage heruntergeladen werden.

■ Resolution „Digitalisierung und Schule“

Der VBE fordert zur Unterstützung:

Im Zentrum müssen Profession, Bildungsbegriff, Schulkonzept (Schulen vor Ort definieren, was sie brauchen) stehen. Jede Schule sollte über ein Medienkonzept für den Einsatz von Computern im Unterricht verfügen. Dabei sind sie zu unterstützen.

■ Resolution „Aufbrechen: Zeit für Bildung! Die Schule entschleunigen“

Das Leben der Menschen wurde durch neue Technologien deutlich verändert. Virtuelle Welten, mediale Kommunikation und das Streben nach Erfolg prägen den Alltag in den westlichen Gesellschaften wie nie zuvor. Dabei erleben viele Menschen immer wieder Hast und Hektik.

Der VBE ist der Überzeugung, dass wir als Lehrerinnen und Lehrer, aber auch als Mitarbeiter/-in in der Verwaltung in unserem System Schule einer weiteren Beschleunigung entgegenwirken müssen.

Wir brauchen Zeit für Bildung!

In diesem Kontext fordert der VBE:

- in der Schul- und Bildungspolitik, aber auch in den Schul- und Bildungseinrichtungen mit dem Thema „Zeit“ kritisch und reflektiert umzugehen,
- die Unterrichtsversorgung zu sichern,
- mehr Zeitressourcen bereitzustellen,
- die Leitungen der Schul- und Bildungseinrichtungen zu stärken,

- die Lernzeit neu zu strukturieren,
- den Arbeits- und Gesundheitsschutz ernst zu nehmen,
- individuelle Lebensarbeitszeitgestaltung zu ermöglichen und
- Bürokratie abzubauen,
- Lehrerbildung so zu gestalten, dass künftige Lehrkräfte gebildet und gestärkt aus Studium und Vorbereitungsdienst hervorgehen.

■ Positionspapier „Multiprofessionelle Teams in der Schule“

Gesellschaftliche Umbrüche und systemische Veränderungen sorgen dafür, dass die Heterogenität in den Schulen immer mehr zunimmt. Bedeutende Faktoren sind dabei die Migration und die Situation der Flüchtenden, die Vielfalt der Lebensentwürfe, die Individualisierung, die Bemühungen der Umsetzung von inklusiver Bildung oder auch die Einrichtung jahrgangsgemischter Klassen. Bei dieser Vielfalt und den viel zu großen Lerngruppen benötigen die Lehrkräfte jedoch Unterstützung in Form von professionell ausgebildeten Fachkräften. Die Schule muss deshalb ein Ort multiprofessioneller Teams werden, um den Herausforderungen und der steigenden Heterogenität der Lernenden adäquat zu begegnen, um sie in ihren Lernprozessen angemessen begleiten und individuell fördern zu können.

■ Antrag „Schulgesundheitsfachkräfte“

Der Bundesverband wird sich für die Einführung von Schulgesundheitsfachkräften einsetzen. Es wird eine Kooperation mit dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte angestrebt.

Alle Anträge wurden einstimmig von der Bundesversammlung verabschiedet. Sobald wir sie in digitaler Form zur Verfügung gestellt bekommen, werden wir sie zeitnah auf unserer Homepage veröffentlichen.

Die neue Pressereferentin des VBE-Bundesverbandes stellte in der Bundesversammlung auch das neue Kommunikationskonzept vor. Dies wird nötig sein, da die letzte Ausgabe unserer pädagogischen Vierteljahreszeitschrift B&E am 18.11.2016 (zum Deutschen Lehrertag) erschienen ist. B&E startete im Herbst 2009 als Nachfolger der Verbandszeitschrift forum e. Dies ist für uns nicht einfach, aber für den VBE haushaltstechnisch notwendig gewesen. Die Bundesversammlung hat die entsprechende Satzungsänderung im § 6, Abs.



Frau Röwer



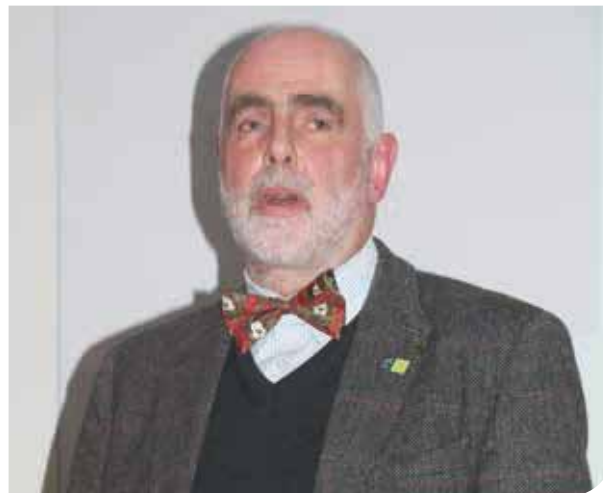
Verabschiedung Frau Futász

3.1 beschlossen. Danach müssen die Landesverbände verpflichtend den Newsletter an alle Mandatsträger senden bzw. die Mitglieder laufend durch die Landeszeitschriften über die Arbeit des VBE-Bundesverbandes informieren.

Mit dem neuen Kommunikationskonzept soll die entstehende Lücke ein Stück weit geschlossen werden.

Die Bundesversammlung bedankte sich bei Hjalmar Brandt, der von Anfang an als Schriftleiter tätig war und dem es schnell gelungen war, B&E zu etablieren und zu etwas Besonderem zu machen.

Die Bundesversammlung bedankte sich auch noch einmal recht herzlich bei Frau Futász, die seit November 1999 als Pressereferentin des VBE-Bundesverbandes arbeitete. Das



Verabschiedung Herr Brandt

klassische Arbeitsgebiet – die Pressearbeit – erweiterte sich im Laufe der Jahre. So wirkte sie auch in der Programmgruppe des DSLK konzeptionell und organisatorisch mit. Seit 2009 war sie für das Kopfprogramm des Deutschen Lehrtages mit allem Drum und Dran verantwortlich. Und seit 2014 zweimal im Jahr, denn es kam ja noch die Frühjahrstagung des Deutschen Lehrtages in Leipzig dazu. Frau Futász schrieb auch an den „Leitfäden „Social media“ und „Datensicherheit“ mit. Frau Futász ist im April in den Ruhestand gegangen, wird jedoch weiterhin an einigen Projekten des VBE mitwirken.

Die nächste Bundesversammlung findet am 09.11.2017 in Dortmund statt.

Helmut Pastrik

Baustelle Inklusion/Integration – Herausforderung oder Zumutung?

Unter diesem Motto fand die diesjährige Herbsttagung des Deutschen Lehrtages am 18. November in Dortmund statt. Den Hauptvortrag „Die Inklusionslüge“ hielt Prof. Dr. Uwe Becker von der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe (Bochum). Alle Teilnehmer der Frühjahrstagung des Deutschen Lehrtages im März dieses Jahres in Leipzig kennen Prof. Becker. Denn er hat auch in Leipzig diesen Hauptvortrag gehalten.

Und wieder war er gut, wie schon in Leipzig. Prof. Becker hatte mit seinem Vortrag, teilweise humoristisch anschaulich dargeboten, den Nerv des Publikums voll getroffen. Den anwesenden Bildungspolitikern hat das sicher nicht immer gefallen, den Kolleginnen und Kollegen dafür umso mehr.

Im Anschluss fand eine Podiumsdiskussion mit Prof. Becker, dem VBE-Bundesvorsitzenden Udo Beckmann, dem Vorsitzenden des Verbandes Bildungsmedien e. V. Wilmar Diepgrond und der Kultusministerin des Landes Niedersachsen Frauke Heiligenstadt unter der Moderation von Matthias Bongard vom WDR statt, der auch den gesamten Deutschen Lehrtag moderierte. Frau Heiligenstadt hatte es als einzige Frau und Bildungspolitikerin in der Männerrunde nicht einfach. Sie hat sich aber große Mühe gegeben und sich der Diskussion und manchen unliebsamen Fragen zum Thema gestellt. Allein das war ihr schon hoch anzurechnen. Sicher sind noch viele Fragen offen geblieben und die KMK-Politiker haben noch nicht vollständig ihre Hausaufgaben gemacht. Dieses Fazit unterstrich nach den Workshops im zweiten Hauptvortrag „Kabarettistisches Fazit“ der Kölner Kabarettist Jürgen Becker (nicht mit Prof. Becker



Podiumsdiskussion

verwandtschaftlich verbunden). Das war ein kraftvoller und mit Lachsalven gelungener Abschluss der diesjährigen VBE-Lehrertage.

Merken Sie sich schon die nächsten Termine vor. Die Frühjahrstagung des Deutschen Lehrertages findet am 23. März 2017 wieder im Rahmen der Deutschen Buchmesse in Leipzig und die Herbsttagung am 9. November 2017 in Dortmund statt.

Die Frühjahrstagung in Leipzig steht unter dem Motto „Schule im Umbruch – Neue Ansätze und bewährte Methoden“. Den Hauptvortrag hält der Philosoph Prof. Dr. Christoph Türcke. Weitere Hinweise finden Sie unter www.deutscher-lehrertag.de. Die Anmeldung ist ab dem 18. Januar 2017 online möglich. Der VBE Sachsen-Anhalt wird voraussichtlich auch wieder einen Workshop anbieten.

Helmut Pastrik



Professor Dr. Uwe Becker



Jürgen Becker

Qualität im Fokus – für eine bessere Lehrerbildung

Kongress zur Qualitätsoffensive Lehrerbildung am 11. und 12. Oktober 2016 in Berlin

Um Lehrerbildung zu stärken und künftige Lehrkräfte besser und gezielt auf die großen Herausforderungen Inklusion, Integration und Digitalisierung vorzubereiten, wurde die Qualitätsoffensive Lehrerbildung ins Leben gerufen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung möchte damit, zusammen mit den Bundesländern, bereits begonnene Reformen an den Hochschulen unterstützen und neue Wege in der Lehrerausbildung anstoßen. Drei Jahre nach Abschluss der Bund-Länder-Vereinbarung und nachdem einige Projekte bereits seit fast zwei Jahren gefördert werden, sollte der aktuelle Stand der Lehrerbildung beleuchtet und diskutiert werden.



Diskutanten zum Thema „Der Blick nach vorn – Lehrerbildung im Jahr 2026“

Am 11. und 12. Oktober 2016 kamen über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Berlin zusammen. Den Einstieg nutzte Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka gekonnt. Sie plädierte dafür, sich der Erwartungshaltung, dass Schule der Reparaturbetrieb der Gesellschaft sei, massiv entgegenzustellen. Interessant war die Diskussion mit angehenden Lehrkräften. Sie berichteten über die stiefmütterliche Behandlung an den Hochschulen, und wünschen sich das, was auch im Publikum breiten Konsens findet: mehr Praxis, eine bessere Vernetzung zwischen Bildungs- und Fachwissenschaften und eine bessere Vorbereitung auf Zwischenmenschliches. Gerade Elternarbeit würde im Referendariat viele überfordern. Schockierend waren ihre Aussagen zu der Vorbereitung auf Inklusion und Digitalisierung: „Wir wissen, dass das große Themen sind. Wir haben im Studium davon gehört.“ Der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, drückte sein Entsetzen darüber in der Diskussion zum Thema „Der Blick nach vorn – Lehrerbildung im Jahr 2026“ aus. Neben ihm diskutierten Kornelia Haugg, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF); Prof. Dr. Cornelia Gräsel, Bergische Universität Wuppertal; Dr. Jan Hofmann, Staatssekretär a.D. im Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt; Dr. Marianne Sgoff, Leiterin des Studienseminars für Gymnasien Frankfurt am Main und Heike Wehage, Studierendenvertreterin im Auswahlgremium der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“.

Beckmann kommentierte: „Das ist die neue Generation von Lehrkräften! Junge Menschen mit frischen Ideen, aber sie werden nicht adäquat auf das Unterrichten vorbereitet. Wo sollen die neuen pädagogischen Konzepte, die neuen Methoden, um digitale Medien im Unterricht einzusetzen und die Kinder inklusiv zu beschulen, denn herkommen – wenn Sie nicht im Fokus der Lehrerbildung stehen?“ Außerdem unterstrich er, dass Lehrkräfte aufgrund von Inklusion und Integration immer mehr im Team arbeiten. Es sei daher ein wichtiges Handlungsfeld, auch Kooperation zu erlernen. Auch die dritte Phase wurde von den Experten besprochen. Das lebenslange Lernen müsse fester Bestandteil des Lehrberufs werden. Hierfür forderte Beckmann einen Anspruch auf ein festes Kontingent pro Jahr an Fortbildungstagen während der Dienstzeit.

Nachwuchs für den Jungen VBE

Am 8. Oktober 2016 hat die Bundessprecherin des Jungen VBE, Kerstin Ruthenschroer, ein Mädchen zur Welt gebracht. Der VBE gratuliert herzlich zur neuen Erdenbürgerin. Wir wünschen beiden für die Zukunft alles Gute und vor allem Gesundheit.

Sind wir alle internet(t)? Norddeutscher Lehrertag zum Thema Digitalisierung



Michael Blanck; Mathias Brodkorb, Kultusminister Mecklenburg-Vorpommerns bis Oktober 2016, jetzt SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern; Udo Beckmann; Gitta Franke-Zöllmer

Hoch oben im Norden, in Schwerin, fand in diesem Jahr der Norddeutsche Lehrertag unter dem Motto „Sind wir alle internet(t)? Medienkompetenz zwischen Mündigkeit und Arglosigkeit“ statt. Am 15. Oktober 2016 begrüßte der Landesvorsitzende des ausrichtenden VBE Mecklenburg-Vorpommern, Michael Blanck, 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Er stellte klar: „Das Interesse an digitalen Medien ist in den Lehrerzimmern groß. Aber es fehlen die Voraussetzungen.“ Der Bundesverband des VBE hat bereits mit zwei Umfragen die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien aufgezeigt. „Manchmal kommt es uns als Lehrerinnen und Lehrer so vor, als wenn wir versuchen, mit einem Trabi am Formel 1-Rennen teilzunehmen. Viele Schüler

verfügen über weit bessere Technik als die Schulen.“ Blanck forderte bessere Schulausstattung, mehr Fortbildungen, Anschluss ans Internet und Rechtssicherheit im Umgang mit digitalen Medien.

Das Grußwort des VBE-Bundesvorsitzenden hielt einen nicht zu leugnenden Zusammenhang bereit. „Kaum rufen die norddeutschen Lehrerverbände einen Lehrertag zur digitalen Bildung aus, schon reagiert die Bundesbildungsministerin und verkündet einen Digitalpakt – 5 Milliarden Euro für die digitale Bildung.“ Die Feststellung löste er mit einem Augenzwinkern auf, aber von der Hand zu weisen ist es nicht, dass sich die kontinuierliche Gewerkschaftsarbeit und die Diskussionen, die durch die vom VBE in Auftrag gegebenen repräsentativen forsa-Umfragen in der Öffentlichkeit ausgelöst wurden, auch an solchen Erfolgen messen lässt.

Geballtes Wissen für gute Pressearbeit

Was haben ein Rhetorik-Experte, ein Rechtsanwalt, ein Zeitungsredakteur und ein Social-Media-Experte gemeinsam? Sie alle waren Referenten bei dem Presseworkshop des Jungen VBE, der vom 30. September bis 2. Oktober 2016 in Königswinter stattfand.

Drei Tage lang wurde geballtes Wissen rund um die Öffentlichkeitsarbeit von Verbänden vermittelt und in Diskussionen vertieft. Doch auch der Spaß kam natürlich zu kurz. „Was bringt die Mitgliedschaft im VBE?“ – „Die schönsten Werbemittel!“ antwortet Sabine Drechsler vom Jungen VBE Rheinland-Pfalz. Mit diesem „Knaller am Anfang“ bekommt sie genau die Aufmerksamkeit, die laut Rhetorik-Experte Markus Offermann den Einstieg in ein interessantes Gespräch zur Mitgliedergewinnung bringt. Ganz seriös wurde es mit dem Rechtsanwalt Tim Hoesmann, der einen Einblick in die Praxis des Medien- und Urheberrechts gab. Eine richtige und trotzdem Schmunzeln hervorrufende Feststellung kam von dem Zeitungsredakteur Günter Benning: „Es gibt keine Verpflichtung dafür, schlechte Texte zu schreiben“. Seine Hinweise zum Verfassen von Pressemitteilungen sollen verhindern, dass die nächste Pressemitteilung im digitalen Papierkorb der Redaktionen landet. Natürlich darf auch das Thema Social Media nicht fehlen. Oliver Welte von der dbb akademie zeigte, wie sich der Junge VBE in diesem Bereich noch besser präsentieren kann.



Alterssicherungssysteme im Fokus der VBE-Senioren

Vom 6. bis 8. Oktober 2016 fand in Königswinter die VBE-Bundesseniorentagung statt. Überschattet wurde sie vom plötzlichen Tod zweier langjähriger Mitstreiter für die Anliegen des VBE. Die Seniorenvertreter gedachten Helge Dietrich und Burkhard Heunecke in einer Schweigeminute.



Nach dem Geschäftsbericht des Bundesseniorensprechers, Max Schindlbeck, sprach der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, in seinem Grußwort aktuelle Themen an: Einstellungssituation, bessere Möglichkeiten der Verbeamtung, Probleme bei Inklusion und Integration, bevorstehende Digitalisierung sowie das vom BLLV initiierte Manifest gegen die Verrohung der Sprache und Umgangsformen.

Die Tagung stand diesmal unter dem Thema „Alterssicherungssysteme“. Gerd Kurze, stellvertretender

Bundessprecher, befasste sich mit der Rücklagenbildung zur Teilfinanzierung der späteren Versorgungsleistungen für die Länderbeamten, mit der aktuellen Rentendiskussion und mit dem spanischen Rentensystem.

Max Schindlbeck erläuterte das Gesetz zur Flexirente, das auf den flexiblen Übergang in die Rente abzielt.

Thilo Hommel von der dbb-Bundesgeschäftsstelle zeigt die Veränderungen bei Pflege und Beihilfe am Beispiel des Pflegestärkungsgesetzes II auf und gab Einblicke in das zu erwartende Pflegestärkungsgesetz III.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

VBE bricht das Tabu – Gewalttaten gegen Lehrkräfte sind keine Einzelfälle

Veröffentlichung der repräsentativen forsa-Umfrage „Gewalt gegen Lehrkräfte“



Wenn über die Hälfte einer Gruppe sagt, dass ein bestimmtes Thema ein Tabu-Thema ist, ist es höchste Zeit, das zu ändern. Nur, indem auf Missstände aufmerksam gemacht wird, können diese geändert werden. Aus diesem Grund hat der VBE forsa damit beauftragt, die repräsentative Umfrage „Gewalt gegen Lehrkräfte“ unter bundesweit 1.951 Lehrkräften allgemeinbildender Schulen durchzuführen.

Endlich wird öffentlich, dass über die Hälfte der Lehrkräfte psychische Gewalt und über 20 Prozent körperliche Gewalt gegen Lehrkräfte an ihrer Schule beobachtet haben. Selbst von psychischer Gewalt betroffen war ein Viertel der Befragten, körperliche Gewalt haben 6 Prozent der Lehrkräfte bereits erlebt. Bundesweit sind das über 45.000 Lehrkräfte. Die klare Botschaft des VBE lautet daher: Wir lassen uns nicht mehr erzählen, dass Angriffe gegen Lehrkräfte Einzelfälle sind!

Natürlich sollen in erster Linie Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen genutzt werden, um Vorfälle dieser Art zu ahnden. Sind diese jedoch ausgeschöpft oder zeigt die Bewertung des Gewaltvorfalls nach Schwere der Verletzung, Art des Vergehens und möglicher Strafmündigkeit, eine Gefährdung, muss eben auch eine Anzeige gestellt werden. Hierfür braucht die einzelne Lehrkraft uneingeschränkte Rückendeckung von den Arbeitgebern und der Justiz. Damit Gewalt gegen Lehrkräfte nicht länger zum Privatproblem erklärt wird.

Weitere Forderungen sind, dass die Dokumentation von Vorfällen verpflichtend zu erfolgen hat und die Statistiken hierzu veröffentlicht werden müssen. Außerdem braucht es klare Strukturen, an wen sich Lehrkräfte wenden können und was nach einem Angriff zu tun ist. Zur Unterstützung der Lehrkräfte und Minderung des Gewaltpotenzials soll das Arbeiten in multiprofessionellen Teams und ein breites Fortbildungsangebot realisiert werden.

Übrigens: Cybermobbing wird ein immer stärkeres Phänomen. 77 Prozent der Befragten sehen eine Zunahme von Formen des Mobbing über das Internet. Das beweist: Medienkompetenz auszubilden ist auch Prävention und wichtig, um Schülerinnen und Schüler ein Unrechtsbewusstsein für Cybermobbing zu vermitteln.

Bundesversammlung wählte, positionierte sich und zeigt Haltung

Bei der VBE Bundesversammlung am 17. November 2016 in Dortmund wählten die Delegierten den Geschäftsführenden Vorstand mit überwältigender Mehrheit wieder. Der Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, wurde sogar mit 59 von 59 gültigen Stimmen im Amt bestätigt. Rolf Busch, Landesvorsitzender des tlv, bleibt 1. stellvertretender Vorsitzender und Gerhard Brand, Landesvorsitzender des VBE Baden-Württemberg ist für weitere 3 Jahre als Bundesschatzmeister gewählt worden.



Die VBE Bundesversammlung hat Anträge beschlossen, die in der gewerkschaftlichen Arbeit entsprechend verfolgt werden sollen. Zum einen bekennt sich der VBE klar zur Multiprofessionalität in der Schule. Außerdem wurden die Resolutionen „Bildung in der digitalen Welt“ und „Aufbrechen: Zeit für Bildung! Die Schule entschleunigen“ verabschiedet. Das mittlerweile bundesweit zu Bekanntheit gelangte Manifest „Haltung zählt“ des BLLV wurde in einem Leitantrag von der Bundesversammlung verabschiedet. Ein bewegender Moment: Die Delegierten hielten das Manifest als Zeichen ihrer Zustimmung (und ihrer Haltung) hoch.

Inklusion und Integration bleiben Baustellen!

Das Motto der Herbsttagung des Deutschen Lehrertages, der am 18. November 2016 in Dortmund stattfand, hieß „Baustelle Inklusion/Integration – Herausforderung oder Zumutung“. Der Hauptreferent, Prof. Dr. Uwe Becker, stellte klar, dass Inklusion nicht nur Sache der Schule sei. Die erfahrungsgestützte Kritik der Lehrkräfte werde bagatellisiert und banalisiert. Beifall und Kopfnicken zeigten, dass dies Konsens im Auditorium war.



In der anschließenden Diskussion reagierte das Publikum entrüstet, als die Kultusministerin des Landes Niedersachsen, Frauke Heiligenstadt, sagte, sie würde von den Lehrkräften hören: „Inklusion? Das machen wir doch seit Jahren.“ Ganz so einfach stellt sich die Situation wohl nicht dar. Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, sagte: „Ich kenne kein Bundesland, in dem Inklusion gut läuft. Und wenn es dann an einzelnen Schulen gut läuft, ist das nur den Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, die sich so gut engagieren.“ Die Zustimmung im Raum war ihm gewiss.

Andreas Baer, der Geschäftsführer des Verband Bildungsmedien, machte deutlich: „Die Lehrkräfte tragen die Hauptlast. Sie brauchen Fortbildungsangebote und Unterrichtsmaterialien, die differenziertes Unterrichten ermöglichen.“

Wie individuelle Förderung und differenziertes Unterrichten gelingen, diskutierten die Teilnehmenden in den Workshops. In 3 Runden konnte jeweils aus 13 Angeboten das passende für die eigene Schulform und Fächerkombination herausgesucht werden. Zum Abschluss der Veranstaltung zog Jürgen Becker ein kabarettistisches Fazit. Mit dem beliebten Klassiker: „Mama, muss ich wirklich zur Schule? – Ja, du bist der Lehrer!“ hatte er von Beginn an die Zuhörer im Bann. Den Zustand der Schulen nahm er humoristisch auf die Schippe und erzählte, dass es bereits Legebatterie-Hühner gibt, die Petitionen für größere Schulräume eingereicht haben. Ein gelungenes Ende für einen langen Weiterbildungstag.



Europäische Empfehlung zur Bekämpfung von Bildungsungerechtigkeit

Das „European Semester“ ist ein jährlicher Zirkel zur Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU-Länder seitens der EU Kommission. Jedes Jahr analysiert die Kommission detailliert die Wirtschaftssituation und die Strukturprogramme der EU Mitgliedsstaaten. Daraus folgen Empfehlungen an die Länder für die Aufstellung des nationalen Haushalts für das kommende Jahr.

Erstmals haben im Oktober 2016 die für Deutschland zuständigen „European Semester Officers“ die Lehrerorganisationen zu einem Grundlagengespräch nach Berlin eingeladen. Die stellvertretende Bundesvorsitzende für Internationales, Gitta Franke-Zöllmer, brachte dazu die Positionen des VBE ein.

Bereits seit 2010 wird Deutschland darauf hingewiesen, stärker auf die Entkopplung zwischen der sozioökonomischen Herkunft und dem Bildungsniveau hinzuwirken. Auch 2016 wird betont, dass Deutschland aufgrund seiner wirtschaftlichen Lage mehr Spielraum für Investitionen in Bildung hat und diesen nutzen soll insbesondere mit Blick auf die Integration der neu ankommenden Flüchtlinge, die Frühbildung, den Ganztags, die digitale Bildung und die Lehrerbildung.

Die besten Lehrkräfte bleiben sie selbst

Bei der Bildungskonferenz „Wie politisch sind Bildungsmedien“ des Verband Bildungsmedien, der am 10. und 11. November 2016 in Berlin stattfand, wurde u.a. diskutiert, worauf es bei Lehrkräften ankommt. „Neben den fachlichen Kompetenzen und der Beziehungskompetenz braucht es aus vielen Bereichen Expertise, das wichtigste für Lehrkräfte ist jedoch, ‚ich‘ zu bleiben“, betonte die stellvertretende Vorsitzende für Schul- und Bildungspolitik, Simone Fleischmann. Außerdem stellte sie heraus, dass die Vielfalt der genutzten Medien der Schlüssel zum differenzierten Unterricht heterogener Lerngruppen sei. „Der beste Lehrer hat den breitesten Bauplan“, so Fleischmann.



Nuri Kiefer, Malte Blümke, Prof. Dr. Joachim Kahlert (Moderation), Simone Fleischmann, Dr. Ilas Körner-Wellershaus.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

WIR LEHRERINNEN UND LEHRER
UND VIELE PÄDAGOGEN BEOBACHTEN MIT GRÖSSTER
SORGE, WIE SICH DIE STIMMUNG, DIE KOMMUNIKATION IN DEN
SOZIALEN NETZWERKEN UND DIE ALLTÄGLICHEN UMGANGSFOR-
MEN IN UNSERER GESELLSCHAFT VERÄNDERN. WIR

ERLEBEN EINE AGGRESSIVITÄT, EINE
SPRACHE DES HASSES, DER
GERINGSCHÄTZUNG UND
DISKRIMINIERUNG, PERSÖNLICHE BELEIDIGUNGEN, BEWUSSTE
KRÄNKUNGEN UND AUSGRENZUNG IN WORT UND HANDELN. DIESE

VERROHUNG

DES UMGANGS MITEINANDER WIRKT SICH AUCH AUF UNSERE
KINDER UND JUGENDLICHEN AUS. ALS LEHRERINNEN UND
LEHRER, DIE TÄGLICH MIT ALLEN KINDERN UND JUGENDLICHEN

DIESER GESELLSCHAFT ARBEITEN, SEHEN
WIR UNS DESHALB
IN DER PFLICHT, AUF DIESE ENTWICKLUNG HINZUWEISEN UND
IHR ENTGEGENZUWIRKEN.

IN ARTIKEL 1 DES DEUTSCHEN GRUNDGESETZES HEISST ES:
„DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR.
SIE ZU ACHTEN UND ZU SCHÜTZEN IST VERPFLICH-
TUNG ALLER STAATLICHEN GEWALT.“

WIR LEHRERINNEN UND LEHRER SEHEN DIESEN GRUNDKONSENS
BEDROHT. **WIR BEOBACHTEN**, WIE UNSERE GESELL-
SCHAFT GESPALTEN UND MENSCHEN EMOTIONAL AUFGEHETZT
WERDEN SOLLEN. **EXTREME GRUPPIERUNGEN**
UND PERSONEN, INSBESONDERE REPRÄSENTANTEN

DER RECHTSPOPULISTEN UND RECHTSEXTREMEN, TRAGEN ZU DIESER VERROHUNG DES UMGANGS MASSGEBLICH BEI. DAMIT WIRD DER BODEN BEREITET FÜR ZWIETRACHT, VERFOLGUNG UND PHYSISCHE GEWALT. HASS, AGGRESSIONEN UND ANGST ABER ZERSTÖREN GEMEINSCHAFT – EGAL OB IM KLASSENZIMMER, IN DER SCHULE ODER ZWISCHEN DEN NATIONEN EUROPAS. SACHLICHE UND RESPEKTVOLLE KONTROVERSEN, WIE WIR SIE IN DER GESELLSCHAFT UND IM PRIVATEN LEBEN BRAUCHEN, WERDEN DADURCH ZUNEHMEND ERSCHWERT.

WIR WOLLEN,

DASS UNSERE KINDER IN EINER WELTOFFENEN GESELLSCHAFT LEBEN. UNSERE KINDER SOLLEN RESPEKT, WERTSCHÄTZUNG UND INTERESSE FÜR DIE ANDEREN MENSCHEN ERLEBEN UND LEBEN – UNABHÄNGIG DAVON, WELCHER RELIGION SIE ANGEHÖREN, WELCHE HAUTFARBE SIE HABEN, WELCHE MUTTERSPRACHE SIE SPRECHEN UND WELCHE MEINUNG SIE VERTRETEN. ALS BESORGTE LEHRERINNEN UND LEHRER APPELLIEREN WIR DESHALB AN ALLE,

UNSERE GESELLSCHAFT

VOR SPALTUNG, BRUTALITÄT, RÜCKSICHTSLOSIGKEIT UND RADIKALISIERUNG ZU

SCHÜTZEN

UND SO UNSERE DEMOKRATIE ZU BEWAHREN. LASSEN WIR UNS NICHT EINSCHÜCHTERN UND SETZEN WIR UNS SELBSTBEWUSST UND KOMPROMISSLOS EIN.

FÜR UNSERE DEMOKRATIE: HALTUNG ZÄHLT.

VBE-Forderungen für die Tarifrunde 2017

Der VBE-Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 17.11.2016 in Dortmund die VBE-Forderungen für die Tarifrunde 2017 beschlossen. Die Forderungen wurden mit den Teilnehmern des Tarifseminars im Juni dieses Jahres in Fulda erarbeitet.

Im Einzelnen sind das folgende Forderungen:

1. **Lineare Erhöhung der Tabellenwerte**, mindestens in Höhe des Tarifabschlusses für den Bereich des TVöD 2016
2. **Weiterentwicklung des Tarifvertrages zur Eingruppierung von Lehrkräften** (Entgeltordnung-Lehrkräfte)
 - Realisierung der „**Paralleltabelle**“, ggf. verbindlicher Zeitplan
 - **Eingruppierung von Ein-Fach-Lehrkräften** mindestens auf dem Niveau von Seiteneinsteigern mit wissenschaftlichem Hochschulabschluss
 - Eingruppierung von **Pädagogischen Unterrichtshilfen/Sonderpädagogischen Fachkräften/Sozialpädagogischen Fachkräften** in EG 10
3. **Fristverlängerung für Höhergruppierungen** aufgrund der verzögerten Bearbeitung von Anfragen durch Personal verwaltende Dienststellen
4. Einführung der **Stufe 6** in der Entgelttabelle des TV-L analog der Entgelttabelle des Bundes
5. Weiterentwicklung der Entgeltordnung des TV-L, insbesondere mit dem Ziel der **stufengleichen Höhergruppierung**
6. **Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten**

Nun gilt es, diese Forderungen in die Forderungsfindung der Bundestarifkommission (BTK) am 14.12.2016 in Ber-

lin einzubringen. Dann heißt es wieder: „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen!“

Gern bin ich bereit, diese Forderungen nach der BTK-Sitzung auf VBE-Veranstaltungen der Kreis- oder Regionalverbände zu erläutern. Bereiten wir uns gemeinsam auf die bevorstehende Tarifrunde vor, damit wir dann, wenn es notwendig wird, gut und kraftvoll aufgestellt sind. Der Hauptaktionszeitraum wird voraussichtlich zwischen der zweiten und dritten Verhandlungsrunde sein. Das könnte auch in den Winterferien liegen. Lassen wir uns davon nicht beeinflussen und stehen dann gemeinsam, wenn es darauf ankommt, zusammen. Hier die Termine für die Tarifrunde 2017, damit wir uns alle zeitlich darauf einstellen können:

1. Tarifrunde (Auftakt der Tarifverhandlungen): 18. Januar 2017 in Berlin
2. Tarifrunde: 30./31. Januar 2017 in Potsdam
3. Tarifrunde: 16./17. Februar 2017 in Potsdam

Ob wir als dbb die Entgeltordnung für die Lehrkräfte weiter allein verhandeln oder nicht, hängt davon ab, ob die GEW dem 2015 durch den dbb und der TdL ausgehandelten Tarifvertrag zur Entgeltordnung beitrifft oder nicht. Die TdL hat noch einmal ausdrücklich betont, dass es keine länderspezifischen Tarifverträge mit der GEW geben wird. **Was nun, GEW?** Im Frühjahr 2015 hat man uns noch für das Unterschreiben der Entgeltordnung an den Pranger gestellt. Ich denke aber, dass die GEW schon wegen ihrer Mitglieder eigentlich keine andere Wahl hat.

Ich werde auch 2017 wieder versuchen, zeitaktuell über den Stand der Verhandlungen zu berichten.

Helmut Pastrik

Schluss mit gekürzt, gestrichen und vergessen

Unter diesem Motto fand am 28. Oktober der vom dbb sachsen-anhalt organisierte Protestmarsch mit anschließender Kundgebung vor dem Landtag statt. 1200 Beschäftigte, Beamte und Angestellte aus vielen dbb-Fachgewerkschaften demonstrierten gegen sich weiter verschlechternde Arbeitsbedingungen, gegen eine unzureichende Personalausstattung und für eine gerechtere Bezahlung. „Der von der Landesregierung beschlossene und jetzt im Landtag beratene Gesetzentwurf zur Herstellung einer verfassungsgemäßen Besoldung entspricht ganz und gar nicht unseren Vorstellungen“, kritisierte der dbb-Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck unter lautstarker Unterstützung der Teilnehmer. Außerdem enthält der Gesetzentwurf keine Regelung,





die eine verfassungsgemäße Besoldung auch in der Zukunft sicherstellt. Neben einer fairen Bezahlung fordert der dbb eine Kurskorrektur in der Personalpolitik. „Die ist zwar mit dem Beschluss der Landesregierung, mehr Lehrer und Polizisten einzustellen, eingeleitet, wir brauchen aber auch mehr Personal in den Fachverwaltungen. Dann müssen auch keine Aufgaben mehr ausgelagert und Gutachten an Externe vergeben werden“, so Ladebeck in Anspielung auf die Berateraffäre. Hiermit möchte ich mich noch einmal bei allen Mitgliedern des VBE Sachsen-Anhalt persönlich bedanken, die es ermöglicht haben, an der Demo und anschließenden Kundgebung teilzunehmen. Sicher war es nachteilig, dass die Demo mit der Kundgebung in der Unterrichts-

zeit stattfand. Ich hätte mir aber eine größere Unterstützung gewünscht. Egal ob Angestellte oder Beamte, Lehrer, Verwaltungsangestellte, Straßenwärter oder Polizisten – wir sollten als Mitglieder der dbb-Familie gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen und eine gerechte Bezahlung im gesamten öffentlichen Dienst streiten. Nun geht es mit Riesenschritten auf unsere Tarifrunde 2017 zu. In Vorbereitung darauf wünsche ich mir eine starke Beteiligung und Unterstützung bei allen Maßnahmen, die damit in Verbindung stehen. Mehr zur Tarifrunde 2017 finden Sie im vorhergehenden Artikel.

Helmut Pastrik

Sprache ins Spiel bringen – Geburtstagskalender zur Sprachförderung wird vorgestellt

Das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA) hat gemeinsam mit dem halle-schen Illustrator und Kinderbuchautor Danilo Pockrandt einen Geburtstagskalender für Grund- und Förderschulen entwickelt. Auf jedem Kalenderblatt können Lehrer und Schüler ein Sprachspiel entdecken und gemeinsam im Unterricht ausprobieren.

„Etwas ganz Besonderes sind die originellen Illustrationen von Danilo Pockrandt“, erklärt Dr. Siegfried Eisenmann, Direktor des LISA. „Sie unterstützen das Verständnis der Sprachspiele und laden zum Entdecken und Mitmachen ein.“

Die 14 Illustrationen wurden passend zu den Sprachspielen gezeichnet und motivieren dazu, mit Sprache kreativ umzugehen.

Die Sprachspiele sind ein Arbeitsergebnis einer Lehrerfortbildung im Rahmen der Bund- und Länder-Initiative

Bildung durch Sprache und Schrift (BiSS).

Der Kalender wurde am 18. Oktober im LISA in einer Vernissage mit dem Künstler vorgestellt und an alle Grund- und Förderschulen des Landes versandt. Im Rahmen der Ausstellung werden die Originalzeichnungen im Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung bis zum Jahresende öffentlich ausgestellt.

Ab Januar 2017 werden die Kalenderblätter inhaltlich auf dem Bildungsserver Sachsen-Anhalt begleitet. Jeden Monat findet man hier kostenfrei weitere Sprachspiele sowie Ideen zum Einsatz im Unterricht, Arbeitsblätter, Zusatzmaterialien und ausgewählte Schülerarbeiten (www.bildung-lsa.de/biss).

vbe-redaktionsteam

Schüler, Lehrer und Eltern aus Sachsen-Anhalt starten Benefizaktionen zugunsten todkrankter Kinder

Über 190.000 Schülerinnen und Schüler Sachsens-Anhalts werden aufgerufen, Spendenaktionen in der Vorweihnachtszeit zu starten

Sachsen-Anhalt. Der Landeselternrat Sachsen-Anhalt (LER), der Landeschülerrat Sachsen-Anhalt (LSR) und der Verband Bildung und Erziehung – Landesverband Sachsen-Anhalt (VBE) rufen gemeinsam unter dem Motto „Gemeinsam stark für das Kinderhospiz!“ alle Schüler, Lehrer sowie Eltern des Bundeslandes auf, in der Vorweihnachtszeit Spendenaktionen zugunsten des gemeinnützigen Trägervereins für das Kinder- und Jugendhospiz Mitteldeutschland in Tambach-Dietharz zu starten.

So sind in den letzten Tagen offizielle Infopakete an alle Schulleitungen in Sachsen-Anhalt verschickt worden mit der Bitte, deren Inhalt an die Schüler- und Elternvertreter sowie die Lehrerschaft weiterzuleiten. Ziel ist es, zum einen über die wichtige menschliche Arbeit des Kinder- und Jugendhospizes Mitteldeutschland zu informieren, aber ebenso werden Ideen für Spendenaktionen für die unterschiedlichen Schularten gegeben.

„Für uns als Vertreter der Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt war es eine schnell beschlossene Sache, hier wieder zu helfen. Bereits vor ein paar Jahren waren wir sehr erfolgreich für das Kinderhospiz aktiv. Daran möchten wir anknüpfen. Uns haben zwei Dinge überzeugt, wieder mitzumachen. Zum einen, dass jede Familie von diesem schlimmen, kaum fassbaren Schicksal betroffen sein könnte. Zum anderen, dass hier wieder gemeinschaftlich mit Schülern, Eltern und Lehrern ein Projekt unterstützt wird, mit dem sich alle identifizieren können. Auch kann man beim Kinderhospiz direkt verfolgen, was mit den gesammelten Spenden passiert, wo und wie sie eingesetzt werden. Wir stehen an der Seite der todkranken Kinder und deren Familien aus der gesamten Bundesrepublik“, so Michael Benecke, ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender des Landesschülerrates Sachsen-Anhalt.

Ebenso freute sich der ehrenamtliche Vorsitzende des Landeselternrates in Sachsen-Anhalt, Thomas Jaeger, über den pünktlichen Start der Benefizaktion zur Vorweihnachtszeit: „Mit jeder Benefizaktion, die veranstaltet wird, helfen wir nicht nur direkt und konkret, dort wo Hilfe dringend gebraucht wird. Durch das nachhaltige Zusammenspiel zwischen Schülern, Lehrern und Eltern, die gemeinsam Spendenaktionen initiieren und umsetzen werden, wird natürlich auch die soziale Kompetenz der Schüler und die Kommunikation untereinander gestärkt. Darüber hinaus werden all jene Sozialkompetenzen gefördert, die den Schülern im Sozialkunde-,



Ethik- oder Religionsunterricht vermittelt werden. Dies an einem praktischen und transparenten Beispiel zu leben, ist natürlich fantastisch. Also rundum eine tolle Sache, die wir von Herzen gern unterstützen.“

„Für den Landesvorstand des Verbandes für Bildung und Erziehung stand sofort fest, dass wir das Kinderhospiz Mitteldeutschland in Tambach-Dietharz mit dieser wunderbaren Gemeinschaftsaktion unterstützen wollen. Kinder und junge Erwachsene liegen uns sehr am Herzen. Dass sich nun gesunde Kinder und Jugendliche für Schwerkranken stark machen, ist lobens- und unterstützenswert. Und nicht nur das: Es ist vielmehr ein gemeinschaftlich mit Schülern, Eltern und Lehrern in Mitteldeutschland ansässiges Sozialprojekt, mit dem sich alle Kooperationspartner identifizieren können. Aus diesem Grund sind wir auch ein langjähriger Partner an der Seite der todkranken Kinder im Kinder- und Jugendhospiz in Tambach-Dietharz“, sagte Helmut Pastrik, Landesvorsitzender des Verbandes für Bildung und Erziehung (VBE).

Dass die erneute Hilfsaktion der Schüler-, Lehrer- und Elternschaft aus Sachsen-Anhalt etwas ganz Besonderes für seinen Verein ist, stellte dessen ehrenamtlicher Gründungsvorsitzender Klaus-Dieter Heber klar: „Wir sind stolz auf jede Spendenaktion, die ins Leben gerufen wird, gleich ob durch eine Schule, Klasse, Lehrer oder auch aktive Eltern. Jedes einzelne Tun für die gute Sache zählt. Wir haben bereits in den vergangenen Jahren viele Spendenaktionen von Schulen aus Sachsen-Anhalt für uns miterleben dürfen. Darauf sind wir sehr stolz. Wenn Kinder etwas für Kinder tun, ist das für uns etwas ganz

besonderes und verdient höchste Anerkennung.“ So stehen der Schüler-, Lehrer- und Elternschaft über deren jeweilige Vertreter an jeder Schule im Bundesland nicht nur Infomaterialien vor Ort zur Verfügung. Auch auf der Internetpräsenz des Kinderhospizes gibt es ein großes Angebot von Hilfestellungen für Akteure, die helfen wollen. Hier können neben Infomaterial auch Spenden Dosen oder gar ein persönlicher Besuch eines Vertreters des Kinderhospizvereins angefordert werden. „Alle, die hier mitmachen, tun dies freiwillig und aus dem inneren Antrieb heraus, dass Familien mit einem schlimmen Schicksal ein wichtiges Hilfsangebot zuteilwerden kann. Deshalb sind mein Team und ich für jeden Initiator einer Spendenaktion persönlich da. Wir helfen beim Helfen, das ist unsere Möglichkeit, dieses dringend benötigte Engagement zu würdigen“, so Heber weiter.

Diese Würdigung werden die Initiatoren der Benefizkampagne ebenfalls mit der Vergabe des Titels „Schule mit Herz“ vornehmen. Allen teilnehmenden Klassen oder Schulen wird diese Auszeichnung nach der Beendigung der jeweiligen Spendenaktion offiziell verliehen. Jede Spendenaktion hilft, jede Spende kommt an.

Info:

Über 40.000 Kinder- und Jugendliche sind in Deutschland von einer tödlichen, lebenslimitierenden Krankheit betroffen. Das stationäre Kinder- und Jugendhospiz Mitteldeutschland in Tambach-Dietharz gibt den betroffenen Familien die Möglichkeit, bis zu 28 Tage im Jahr hier zusammen einzuziehen. Das ganzheitliche Pflege- und Betreuungskonzept bietet nicht nur die liebevolle und optimale Pflege für das schwer kranke Kind, vielmehr ist es eine umfassende Familienhilfe. Die Entlastungsaufenthalte stärken das gesamte Familiensystem, schaffen neue Kraft bei den betroffenen Eltern für die oftmals sehr aufwendige 24-Stunden-Pflege des kranken Kindes und fördern auch die gesunden Geschwisterkinder. Über 30 fest angestellte Mitarbeiter und viele ehrenamtliche Helfer arbeiten aktuell dort. Der gemeinnützige Trägerverein ist dauerhaft auf ein Höchstmaß an Spenden angewiesen, um sein wichtiges

Hilfsangebot aufrechterhalten zu können. Mehr als 850.000 Euro werden an Spenden pro Jahr benötigt, um allein den Betrieb der sozialen Einrichtung sicherzustellen, da die derzeitige Finanzierung durch die Krankenkassen hierzu nicht ausreicht. Über 700 betroffene Familien aus dem gesamten Bundesgebiet nutzten seit der Einweihung des Kinder- und Jugendhospizes im November 2011 das stationäre Hilfsangebot des Trägervereins. 6.000.000 Euro wurden seit dem Jahr 2008 in den Kauf und den Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der Thüringer Fernwasserversorgung in Tambach-Dietharz im Thüringer Wald zum Kinder- und Jugendhospiz Mitteldeutschland investiert. 92 Prozent dieser Investitionssumme wurden durch Spenden von Privatpersonen, Vereinen, Schulen und Unternehmen und nichtstaatlichen Zuwendungen durch Stiftungen aufgebracht. Dank dieser Hilfe entstand ein buchstäblich zweites Zuhause für diese betroffenen Familien – fernab von jeder Krankenhausatmosphäre. Betrieben wird das stationäre Kinderhospiz von einem gemeinnützigen Trägerverein. Ein sechsköpfiger ehrenamtlicher Vorstand leitet die Geschicke bereits seit dem Jahr 2005 und hat so in den vergangenen zehn Jahren Ostdeutschlands größtes ehrenamtlich organisiertes Sozialprojekt initiiert. Der Gründer, Initiator und bis heute ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende Klaus-Dieter Heber wurde im Jahr 2015 mit dem „Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland“ ausgezeichnet.

Im Jahr 2017 plant der Trägerverein den dringend erforderlichen Ausbau des Kinder- und Jugendhospizes, da die Nachfrage steigt. So sollen in einem noch unsanierten Nebengebäude neue Gästezimmer, Therapieräume, Gemeinschafts- und Sozialräume sowie eine Holzwerkstatt entstehen. Hierfür werden zusätzliche 750.000 Euro Investitionskosten benötigt. Leider stehen hierfür derzeit keine Förderungen zur Verfügung.

Informationen unter

www.kinderhospiz-mitteldeutschland.de oder
www.facebook.com/kinderhospiz.

Spendenkonto: IBAN: DE64860205000003566900,
BIC: BFSWDE33LPZ, Bank für Sozialwirtschaft

Pädagogische Mitarbeiter an Grundschulen – unverzichtbare Stütze oder Auslaufmodell?

Aus der Not heraus geboren entwickelte sich im Jahr 2001 ein neuer Berufszweig für Sachsen-Anhalt namens Pädagogische Mitarbeiter. Fast ausschließlich ausgebildete Lehrer für untere Klassen, welche als Horterzieher tätig waren, wurden über Nacht Pädagogische Mitarbeiter. Die anfängliche Skepsis auf beiden Seiten legte sich schnell und diese Unterstützung zeigte sich bald als pädagogisch sehr wertvoll. Profitierend von der sehr guten Personaldecke noch aus der Zeit vor 1990 waren auch die Grundschulen je nach Schülerzahlen hervorragend ausgestattet.

Um ausreichend für diese Stelle qualifiziert zu sein, wurde uns allein eine 100-Stunden-Weiterbildung auferlegt. Alles kein Problem Die Arbeit machte viel Spaß.

Aufgrund des Personalschlüssels blieb Raum für eine unglaublich differenzierte Arbeit. Leistungsorientierte Bildung von Lerngruppen, Begleitung von Klassenfahrten und Projekten, Arbeitsgemeinschaften ließen eine kontinuierliche und gefestigte Schularbeit zu. Doch dann begann er, ganz leise und schleichend und doch vorhersehbar: der personelle Raubbau.

Werfen wir die Entwicklung der letzten Jahre doch mal in eine Waagschale und staunen über das Ergebnis:

Auf der einen Seite eine ständig wechselnde Bildungspolitik mit immer wieder originelleren Neuerungen, die als Allheilmittel verkauft werden. Ich sage nur das Zauberwort „Inklusion“. Für ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist eine Stunde pro Woche (!) – wenn alle Kollegen da sind – ausreichend? Aha, muss ich wohl irgendwas missverstanden haben. Im Schuljahr 2009/10 und 2010/11 gab es einen Modellversuch an den Grundschulen für Integrationsklassen.

Allein bei dem Begriff „Modellschule“ bekomme ich Gänsehaut.

Dann die flexible Schuleingangsphase, welches Wundermittel auf dem Weg zu allerhöchstem Bildungsgut! Ist oft auch unwahrscheinlich gut umsetzbar bei den vielen Abordnungen, krankheitsbedingten Ausfällen der Kollegen, den veränderten Klassenstrukturen durch eine riesengroße Grätsche unterschiedlicher Kompetenzentwicklung der Schüler und – nicht zu vergessen – der finanziellen Möglichkeiten des Schulträgers. Jeder vernünftig denkende Mensch würde da doch spätestens jetzt auf die Idee kommen, hier zügig gegenzusteuern.

Die Wertevorstellungen unserer Gesellschaft mit Gedanken wie „Kinder sind unsere Zukunft“ und „Bildung

ist unser höchstes Gut“ müssten doch auch praktisch untermauert werden.

Doch was passiert auf der anderen Seite der Waage? Um es einmal salopp zu sagen: nichts. Ach – stimmt nicht ganz!

Es werden noch Pädagogische Mitarbeiter von den Grundschulen abgezogen, um die Lücken an den Förderschulen zu schließen. In all den Irrungen und Wirrungen waren die Pädagogischen Mitarbeiter an den Grundschulen den Kollegen eine große Stütze.

In Zeiten, in denen sich auch in den Familien oftmals das Gefüge verändert hat, sind wir Seelentröster, Krankenschwester, Sozialarbeiter und Vertretungslehrer in einer Person, eine wichtige Konstante im unruhigen Schulalltag. Bei Millionenausgaben für das Militär und ausreichend Beispiele für Steuerverschwendung zählt für mich das Argument „sparen“ nicht mehr. John F. Kennedy sagte einmal sehr treffend: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist, als Bildung: keine Bildung.“

Andrea Menz,
Pädagogische Mitarbeiterin

In eigener Sache

Für das Jahr 2017 sind die Ausgaben der Zeitschrift „transparent“ wie folgt geplant:

Ausgabe	Redaktionsschluss	Erscheinungstermin
01-2017	13.01.2017	ab 17.02.2017
02-2017	06.05.2017	ab 08.06.2017
03-2017	28.08.2017	ab 29.09.2017
04-2017	06.11.2017	ab 08.12.2017

Torsten Wahl, Schriftleiter transparent

Gut zu wissen – Termine und Fristen

Immer wieder kommt es vor, dass eine Kollegin oder ein Kollege einen Antrag auf Teilzeit, Wechsel in ein anderes Bundesland usw. stellen will. Aber bis wann?

Dazu hat das Kultusministerium zu Beginn des Jahres 2013 einen entsprechenden Erlass verabschiedet – Antragsfrist für personalwirtschaftliche Maßnahmen. Darin heißt es:

„2. Für eine verlässliche Planung eines Schuljahres unter dem Aspekt einer möglichst umfassenden Betrachtung

aller Ressourcen und der Wahrung einer landeseinheitlichen Verfahrensweise unter dem Blickwinkel der Gleichbehandlung können regelhaft nur Maßnahmen einbezogen werden, die bis zum 31. Januar beantragt werden. Die Regelung dient der Vorbereitung des jeweils nächsten Schuljahres mit dem Ziel

a) den organisatorischen Aufwand für die Planung des Schuljahres in einem vertretbaren Rahmen zu halten und

b) individuelle Belange der Beschäftigten möglichst umfassend berücksichtigen zu können, damit eine sachgerechte Abwägung zwischen dienstlichen und persönlichen Belangen gewährleistet ist, und

c) für alle Beteiligten ein hohes Maß an Planungssicherheit erzielt werden kann.“

Folgende Anträge sind deshalb **bis zum 31. Januar** zu stellen:

- Anträge auf Teilzeit oder Veränderung der wöchentlichen Arbeitszeit (z. B. nach Teilzeit-TV Schulen LSA, TV-L, BeamtStG oder LBG LSA);
- Anträge auf Beurlaubung mit oder ohne Bezügen (z. B. nach TV-L, LBG LSA oder UrIVO). Unter die Antragsfrist nach Nummer 2 fallen dabei nur Beurlaubungen mit einer Dauer von länger als vier Wochen;
- Anträge auf Teilzeit oder Beurlaubung aus familiären Gründen (§ 65 LBG LSA);
- Anträge auf Beurlaubungen für eine Tätigkeit an einer Ersatzschule (§ 16a Abs. 5 SchulG LSA);
- Anträge für die Aufnahme in den Bewerbungspool für einen Einsatz im Auslandsschulwesen (sowohl

als Auslandsprogrammlehrkraft als auch als Landesprogrammlehrkraft oder als Ortslehrkraft);

- Anträge auf Abordnung oder Versetzung an eine andere Schule oder eine andere Behörde innerhalb oder außerhalb des Landesdienstes;
- Anträge auf Versetzung in den Schuldienst eines anderen Bundeslandes (Ländertauschverfahren).

Ausnahmen sind nur in begründeten Fällen zu berücksichtigen.

Entsprechend dem Erlass sind Anträge auf Altersteilzeit (nach TV ATZ oder § 66 LBG LSA) nach Möglichkeit bis zum 31. Januar zu stellen, auch wenn eine davon abweichende gesetzliche oder tarifvertragliche Frist zugrunde liegt.

Dagegen sind Anträge auf die Gewährung von Elternzeit zeitnah zu stellen. Ist im Anschluss an die Elternzeit eine Beurlaubung oder Ermäßigung der Arbeitszeit beabsichtigt, dann sollte die Terminsetzung entsprechend dem Erlass berücksichtigt werden.

Für die Einhaltung der Antragsfrist gilt der Eingang beim Landesschulamt. Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist zeitgleich über die Antragstellung zu informieren.

vbe-redaktionsteam

Was Sie wissen sollten – Festhalten im Klassenraum

Unser heutiges Thema bezieht sich nochmals auf die Verurteilung des Musiklehrers in Nordrhein-Westfalen wegen Freiheitsberaubung.

Die „transparent“-Ausgabe 3/2016 informierte darüber bereits im Beitrag: „Juristischer Paukenschlag – Amtsgericht verurteilt Lehrer wegen Freiheitsberaubung, weil er sich vor die Klassentür setzte“.

Dieser Artikel warf erneut Fragen auf, die u. a. zu Diskussionen in Lehrerzimmern führten. Deshalb an dieser Stelle einige Hinweise:

Als Erziehungsmittel kann ein Schüler vom Unterricht ausgeschlossen werden oder einen Tadel erhalten. Einsperren des Schülers in einen Raum ist unzulässig. Nach § 1631 BGB hat jedes Kind ein Recht auf eine gewaltfreie Erziehung. Das Einsperren bedeutet Freiheitsberaubung und ist nach § 239 StGB strafbar. Als Strafe drohen Geldstrafen oder bis zu fünf Jahre Haft.

Dieses juristische Grundwissen zeigt klare Grenzen, die für ein Leben in der Gemeinschaft unumgänglich sind. Allerdings befindet sich dazwischen ein großes Betätigungsfeld, zu dem auch unser Schulalltag gehört.

In den letzten Jahren fällt zunehmend das wachsende Selbstbewusstsein nicht nur der Eltern, sondern auch das ihrer Kinder auf. Gern verdrängen diese Familien, dass auch in der heutigen Zeit ein Lehrer weisungsberechtigt ist. Wenn sich in der Klasse trotz verschiedener methodischer Bemühungen seitens des Lehrers bildungsresistente Schüler befinden, dann müssen diese Schüler auch mit Widerwillen Anordnungen des Lehrers akzeptieren.

Ja, das gilt heute genauso wie früher.

Voraussetzung ist natürlich, dass die Anordnungen im Sinne des staatlichen Bildungsauftrages getroffen werden. Die Schule ist kein Dienstleistungsbetrieb, in der Lehrkräfte unter Schülern und Eltern zufriedene „Kunden“ gewinnen sollen; sie ist eine staatliche Bildungseinrichtung, in der das Erziehungsrecht von Elternhaus und Schule gleichberechtigt existieren. Die Eltern sind für die individuelle Erziehung zu Hause und die Schule



ist für die kollektive Erziehung in der Gemeinschaft verantwortlich. In der Schule sollen die Kinder lernen, sich innerhalb der Gruppe sozialverträglich zu verhalten.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind in gewissen Situationen Erziehungsmittel notwendig. Dazu zählt unter anderem das „Nachsitzen“ oder besser gesagt: das Nacharbeiten. Diese Maßnahme ist zulässig, wenn der Schüler gegen Pflichten verstoßen hat.

Aber Vorsicht!

Ein Schüler darf nicht bestraft werden, wie zum Beispiel durch das reine Absitzen von Zeit, sinnlose Schreibarbeiten o. Ä.

Die getroffene Maßnahme darf erziehen, soll jedoch immer das Ziel haben, das Verhalten des Schülers positiv zu verändern. Das heißt also, die Erziehungsmaßnahme zeigt dem Schüler stets einen Zusammenhang zu seinem Fehlverhalten und/oder dem Aufarbeiten des versäumten Wissens.

Um den individuellen Stärken und Schwächen der Schüler sowie der jeweiligen Situation gerecht zu werden, stehen dem Lehrer gemäß Runderlass verschiedene Erziehungsmittel, wie Ermahnung, Auferlegung besonderer Pflichten, Wiederholung nachlässig gefertigter Arbeiten, zusätzliche häusliche Übungsarbeiten, besondere schulische Arbeitsstunden unter Aufsicht, Tadel, Wiedergutmachung von Schäden, Verweisung aus dem Unterrichtsraum und Ausschluss von Schulveranstaltungen, zur Verfügung.

Wenn diese weder angemessen noch ausreichend sind, werden Ordnungsmaßnahmen entsprechend § 44 Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.2.2013) angeordnet.

Um erfolgreich das Ziel zu erreichen, ist das pädagogische Geschick der Lehrkräfte gefragt.

Kati Roschkowski,
Leiterin des Referates Recht

Herbsttreffen des Jungen VBE-Bund

Anschaulich, spannend, unterhaltsam, aber auch nachdenklich führte Prof. Dr. Uwe Becker in seinem Vortrag „Die Inklusionslüge“ zu Beginn des Deutschen Lehrertages 2017 in ein aktuelles Thema der bundesdeutschen Bildungspolitik ein. Er sprach vielen Kolleginnen und Kollegen aus der Seele, denn Inklusion ist nicht nur eine Frage der persönlichen Haltung einer jeden Lehrkraft,

sondern auch eine Sache von Ressourcen, für die Politik unbedingt Sorge tragen muss. Insbesondere der Blick auf den föderalen Flickenteppich zeigte die unterschiedliche Umsetzung der Inklusion. Quantität und Qualität klaffen weit auseinander. Auch wir vom Jungen VBE machen uns weiterhin stark für einen guten Einstieg ins Berufsleben.

Am Freitagnachmittag begrüßte die Bundessprecherin Kerstin Ruthenschroer die Landessprecher des Jungen VBE und berichtete über vergangene Arbeitstreffen und Entwicklungen innerhalb des VBE und dbb. Im Anschluss tauschten sich die Teilnehmer intensiv mit Jutta Endrusch (Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung) aus. Hierbei stellten wir fest, dass es viele gemeinsame Inhalte gibt und wir in Zukunft im Gespräch bleiben wollen, um uns gegenseitig zu unterstützen.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Einkommensrunde 2017. Vom 23.–27. Januar 2017 findet von unserem Dachverband der dbb Jugend bundesweit eine Aktionswoche zur anstehenden Einkommensrunde statt. Auch wir vom Jungen VBE-Bund werden im Rahmen der Aktionen in den einzelnen Bundesländern daran teilnehmen. Unsere Herbsttagung, die vom 17.–18. November stattfand, war für alle wieder ein fruchtbarer Boden für die landesinterne Verbandsarbeit. Wir gehen mit einem Koffer voller Ideen nach Hause und freuen uns schon jetzt auf unser Frühjahrstreffen im März 2017 in Rostock. Der VBE Sachsen-Anhalt wurde durch Karsten Meier (im Bild vorn links) vertreten.

Karsten Meier,
Junger VBE Sachsen-Anhalt



Vertreter der Grundschulen fanden Gehör

Durch intensive Vorbereitung und mit Unterstützung durch den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU Ulrich Thomas fand am 04.11.2016 eine Gesprächsrunde der Staatssekretärin Frau Edwina Koch-Kupfer und Vertretern der Grundschulen der Stadt Quedlinburg statt.

Die aktuelle Situation in unserem Bundesland in Bereich Bildung und Arbeitsschwerpunkthemen im Bildungsministerium, die geplanten und hoffentlich auch zur realisierenden Stellenausschreibungen in den kommenden Monaten waren ebenso ein Thema wie auch die aktuelle Situation an den Grundschulen.

Dabei wurde auch sehr deutlich, wie wichtig die Arbeit der Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Schulalltag ist, Welche personellen und organisatorischen Notwendigkeiten an den Schulen Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen im Interesse auch der Ihnen anvertrauten Kinder sind. Die teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der Grundschulen brachten sich mit ihren Gedanken aber auch Sorgen in die Gesprächsrunde gut vorbereitet ein. Sie wollen nicht nur Gehör finden, sondern sich auch weiterhin beteiligen, um in Zusammenarbeit mit den Organisatoren und Verbänden Veränderungen in der Stadt, aber auch in unseren Grundschulen herbeizuführen. Inhaltliche Probleme wie auch Arbeitsvorstellungen, eigene Erfahrungen und Zielsetzungen für die direkte Arbeit mit dem Kind konnten einen ersten Einblick geben.



Die Kollegen an den Grundschulen in jeder Funktion leisten eine gute Arbeit, die wieder mehr Anerkennung finden muss. Sie begleiten die sehr vielfältigen Schulanfänger und legen Grundsteine für das weitere Leben, aber auch für weiterführende Schulen. Wir hoffen deswegen auch sehr, dass das Förderschulkonzept umgesetzt werden kann.

Ich denke, hier wurde in einer guten und sachlichen Gesprächsrunde ein guter Weg gefunden.

Kerstin Bode,
Leiterin Referat Grundschule

VBE-Senioren in Schulpforte und Bad Kösen

Die interessanten Exkursionen des Jahres 2016 nach Ballenstedt – mit der Besichtigung der Nationalpolitischen Bildungsanstalt – und der früher sehr geheimen Bunkeranlage in Kossa lockten über 50 Mitglieder und Freunde des Verbandes Bildung und Erziehung nach Schulpforte, um dort die traditionsreiche Bildungsstätte zu besichtigen. Bei einem geführten Rundgang erfuhren wir, dass bereits 1137 ein Zisterzienserkloster in Schulpforte gegründet wurde.

Mit der Reformation endete 1543 die Klostersgeschichte und der Herzog von Sachsen gründete eine Fürsten- und Landesschule. Es galt, unabhängig von der Herkunft und vom Vermögen der Eltern, begabte Knaben zu fördern. Zur Finanzierung der Schule wurde zunächst das Klostervermögen eingesetzt.

Die Landesschule Pforta hat viele Umbrüche und Krisen überstanden.



1935 wurde daraus eine „Nationalpolitische Erziehungsanstalt“. Nach dem 2. Weltkrieg bildete man eine sozialistische Heimoberschule und in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts wurde daraus die Landesschule Pforta – ein traditionsreiches Internatsgymnasium in Trägerschaft unseres Bundeslandes.

Es werden ca. 300 Schüler aus allen Bundesländern in den Spezialisierungsbereichen Sprachen, Musik und Naturwissenschaften unterrichtet. Das Anliegen des Gründers, begabte Schüler ohne Rücksicht auf den sozialen Status oder das Einkommen der Eltern zu fördern, wird auch vom Land Sachsen-Anhalt fortgesetzt. Für Landeskinder beträgt der Beitrag nur 250,- € im Monat.

Bekannte Persönlichkeiten wie der Mikrobiologe Ehrenberg, die Philosophen Nietzsche und Fichte und der Dichter Klopstock waren Absolventen dieser Schule. Auf der Terrasse eines Ausflugsrestaurants hoch über der Saale genossen wir bei herrlichem Wetter die Mittagspause, um gestärkt zur nächsten Führung zu fahren.

Im beschaulichen und gepflegten Kurort Bad Kösen wollten wir uns zeigen lassen, wie im 18. und 19. Jahrhundert das „weiße Gold“ erzeugt wurde.

Die kurze, aber bei Außentemperaturen von über 30 Grad anstrengende Führung zeigte, wie unsere Vorfahren aus der Sole das Salz produzierten. Besonders beeindruckend waren die technischen Lösungen bei der Förderung und dem Transport der Sole mithilfe der Wasserkraft aus der „kleinen“ Saale. Die „kleine“ Saale ist ein Seitenarm der Saale, der von Mönchen in grauer Vorzeit gegraben wurde.

Unter dem Motto: „An der Saale hellem Strande ...“ schipperten wir anschließend von Bad Kösen zur Rudelsburg. Der Fahrtwind des Schiffes sorgte für eine kleine Abkühlung und die knappe Stunde Fahrzeit für eine willkommene Ruhepause.

Am Ende des erlebnisreichen Tages bildete die Einkehr in ein Café den krönenden und entspannenden Abschluss bei Kaffee, Kuchen und Eisbechern.

Dietrich Schnock,
Leiter des Referates Senioren



Ratschläge für die Personalratsarbeit

Die Personalversammlung (Kapitel 3, §§ 47–51, § 91 PersVG LSA)

Grundsätzliches:

Die Personalversammlung soll ein Forum bieten, in dem Schulpersonalrat, Kollegium und Schulleitung miteinander diskutieren und sprechen können. Beschlüsse können zwar gefasst werden, rechtliche Möglichkeiten zur Durchsetzung bestehen aber nicht. Für die Meinungsbildung des Schulpersonalrats sind solche Versammlungen zur eigenen Orientierung sehr wichtig, um nicht den Bezug zur Realität zu verlieren. Der Schulpersonalrat ist nicht an ein gefasstes Votum einer Personalversammlung gebunden, sollte dieses aber bei seiner weiteren Arbeit mit berücksichtigen.

Teilnehmer/-innen:

Die Personalversammlung besteht aus den Beschäftigten einer Schule. Die Beschäftigten können teilnehmen, es gibt aber keine Teilnahmepflicht. Die Teilnahme hat übrigens keine Minderung der Dienstbezüge oder des Arbeitsentgelts zur Folge. Auch Beauftragte der in der Schule vertretenen Gewerkschaften haben ein Teilnahmerecht mit beratender Stimme, ebenso Beauftragte der Schwerbehindertenvertretung sowie Beauftragte von Lehrerhauptpersonalrat und Lehrerbezirkspersonalrat. Deshalb hat der Schulpersonalrat den oben Genannten nach § 51 (1) Satz 3 die Einberufung einer Personalversammlung rechtzeitig unter Übersendung der Tagesordnung und Angabe von Versammlungsort und -zeit mitzuteilen. Die Gewerkschaften bestimmen selbst, wer an der Personalversammlung teilnimmt.

Die Schulleitung ist unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig einzuladen. Sie ist nicht zur Teilnahme verpflichtet, außer sie hat eine Personalversammlung auf ihren Wunsch einberufen lassen oder sie ist gemäß Tagesordnung ausdrücklich eingeladen worden. Die Schulleitung besitzt Rederecht, aber kein Abstimmungsrecht.

Einladung/Zeitpunkt:

Zu beachten ist, dass nur der Schulpersonalrat nach entsprechender Beschlussfassung eine Personalversammlung einberufen kann. Der Schulpersonalrat entscheidet letztlich, sollte aber nicht vergessen, die Schulleitung rechtzeitig zu informieren. Diese braucht die Personalversammlung weder zu genehmigen, noch kann sie diese verbieten. Der Schulpersonalrat sollte aber bedenken, keine Fakten zu schaffen, die die Schulleitung nicht mehr in die Lage versetzen, ihrerseits Vorkehrungen zu treffen. § 49 (1) spricht von zwingenden dienstlichen Verhältnissen, die u. U. eine andere Regelung erfordern.

Auf Wunsch der Schulleitung oder eines Viertels der Beschäftigten ist aber der Personalrat nach § 48 (2) verpflichtet, innerhalb von vier Wochen eine Personalversammlung einzuberufen und den beantragten Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung zu setzen. Auch die in der Schule vertretenen Gewerkschaften können nach § 48 (2) einen Antrag auf Einberufung einer Personalversammlung stellen. Diese muss vor dem Ablauf von 4 Wochen einberufen werden. Diese Möglichkeiten treten nur dann in Kraft, wenn im vorhergegangenen Kalenderjahr keine Personalversammlung stattgefunden hat bzw. keine für das kommende Vierteljahr geplant ist.

Personalversammlungen finden in der Regel in der Arbeitszeit statt.

Für die öffentlichen Schulen dürfen gemäß § 91 Personalversammlungen erst ab 14.00 Uhr oder in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden.

Ablauf:

Die Personalversammlung wird von dem/der Vorsitzenden nach § 47 (1) geleitet. Durch ihn/sie wird eine Tagesordnung erstellt, die aber von den Teilnehmer(inne)n ergänzt werden kann. Da es sich um keine öffentliche Veranstaltung handelt, haben andere Personen als die oben genannten keinen Zutritt, zudem besitzt der Schulpersonalrat während der Personalversammlung das Hausrecht. Politische Äußerungen sind nicht statthaft, ebenso nicht die Mitteilung von Angelegenheiten, die im Rahmen der Personalratsarbeit der Verschwiegenheit unterliegen.

Der Personalrat erstattet nach § 48 (1) einen Bericht über seine Tätigkeit. Dies gilt auch für die Schulleitung, die über die Aufgabenentwicklung der Schule, über die Personalentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Maßnahmen, die der Gleichstellung von Frau und Mann dienen, über die Situation der schwerbehinderten Beschäftigten sowie über die Arbeitsweise der Schule unter besonderer Berücksichtigung der technologischen Entwicklung Bericht zu erstatten hat, wie es im § 48 (2) heißt.

Themen für eine Personalversammlung können alle Angelegenheiten sein, die eine Schule betreffen, wie z. B. Tarif, Besoldungs- oder Sozialangelegenheiten, Fragen der Gleichstellung. Die Personalversammlung kann nach § 50 (1) dem Schulpersonalrat Anträge unterbreiten und zu seinen Beschlüssen Stellung nehmen.

Torsten Wahl,
stellv. Landesvorsitzender

Der Regionalverband Harz-Börde bewegte sich

Aus einer spontanen Idee ist eine Tradition geworden, die gern angenommen wird und viel Zeit zum Reden, für vielfältige Überlegungen und neue Anregungen lässt. Einmal im Jahr treffen wir uns ausgerüstet mit all den Dingen, die ein Wanderer gebrauchen kann, und die Überraschungstouren beginnen. Ausgangspunkt in diesem Jahr war am 3. September die wunderschön gelegene Stadt Ilseburg. Zeitgleich mit uns starteten auch die zahlreichen Teilnehmer des Brockenlaufes. Wir entschieden uns für die entspannte Variante ohne Startnummern und vertrauten den Planungen der Familie Heilmann, die uns immer wieder mit interessanten Routen und Geschichten zu den Sehenswürdigkeiten am Wegesrand in Bewegung setzt. Unsere erste Route führte uns ins Ilsetal hinauf zum Ilsestein und den Paternosterklippen. Unsere erste längere Pause am Gasthaus Plessenburg ließ keine Wünsche offen. Sonnenschein, sogar Liegestühle oder Liegesäcke halfen, das kühle Bier noch besser zu genießen. Verweilen und weiter bei besten Bedingungen zu den Zeterklippen. Die Aussichten ins Land und die Naturvielfalt entlang des Weges zeigte seine Wirkung und lies Dinge, die vielleicht nicht immer so positiv sind, vergessen. Der Rückweg über die Stempelbuche zur Bremer Hütte und über den Heinrich-Heine-Weg ins Ilsetal zeigte uns, auch in diesem Jahr ist die Zahl der erlaufenen Kilometer nicht klein. Im Kurparkhotel am frühen Abend angekommen, haben wir vorerst nur noch ein Ziel: Schuhe aus, Beine hoch oder Abstecher in die Sauna. Das gemeinsame Abendessen lies keine Wünsche offen und zeigte uns auch, andere trifft es härter. Die Brockenläufer waren genau wie wir froh, es geschafft zu haben. Am zweiten Tag des Wanderwochenendes erreichten wir nach einem hervorragenden Frühstück auf der gegenüberliegenden Seite den Froschfelsen und die Bäumlersklippe. Ein wunderbarer Blick auf den Brocken und ein Waldgebiet mit so vielen naturbelassenen, vielfältigen Ecken zeigte uns ganz

unerwartet die Ansichten, die der Harz versteckt bieten kann. Wie Heinrich Heine und Goethe schon wussten – hier lohnt es sich, den Kopf frei zu machen und Neues zu entdecken. Schlussfolgerung für uns: Auch 2017 wird der Rucksack gepackt und gern lassen wir uns wieder von Familie Heilmann führen und verführen. Vielen Dank für diese schönen Stunden, für die vielen Gründe zum Lachen, für die Erfahrungen für den Körper und Geist.

Kerstin Bode, RV Harz-Börde



Nachruf

Wir trauern um unser langjähriges Verbandsmitglied und unsere Kollegin

Ina Volckmann

Sie verstarb im Alter von 61 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit viel zu früh.
Wir haben eine lebensfrohe, allseits beliebte Kollegin verloren und sind darüber unendlich traurig.
Sie wird uns immer in Erinnerung bleiben.

Unser Mitgefühl gilt in diesen schweren Stunden besonders ihrer Familie.

VBE-Stadtverband Magdeburg

Andere Adresse? Mehr Geld – andere Entgeltgruppe? In Altersteilzeit? Andere Schule?

Liebes Mitglied, um auch in Zukunft gut informiert zu sein oder einfach die Vorzüge der Mitgliedschaft besser in Anspruch nehmen zu können, ist es notwendig, dass die Landesgeschäftsstelle immer auf dem aktuellen Stand ist. Sollte sich die Bankverbindung geändert haben (z. B. durch Änderung der Bankleitzahl), dann ist es dringend erforderlich, diese geänderten Daten mitzuteilen. Eine Fehlbuchung kann je nach Bank bis zu 10 EUR kosten!

Helfen Sie dem VBE Sachsen-Anhalt, diese unnötigen Kosten zu sparen, und senden Sie diesen Abschnitt an:
Verband Bildung und Erziehung, Sachsen-Anhalt, Landesgeschäftsstelle, Feuersalamanderweg 25, 06116 Halle/Saale oder per Fax 0345-6872178.

- Änderung der Dienststelle Löschung der Mitgliedschaft Änderung des Namens
 Änderung der Bankverbindung Änderung der Anschrift Änderung der Arbeitszeit
 Änderung der Vergütung (Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe) Änderung zur Altersteilzeit/Renteneintritt

_____ _____

Mitglied _____

Änderung im Detail _____

VBE-Beitrittserklärung

Verband Bildung
und Erziehung
Feuersalamanderweg 25
06116 Halle
T. + 49 345 - 6872177
F. + 49 345 - 6872178
E-Mail: post@vbe-lsa.de

Ich erkläre durch meine Unterschrift meinen Beitritt zum Verband Bildung und Erziehung (VBE), Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer DE20VBE00000090886
Mandatsreferenz = _____ wird Ihnen mit der Eintrittsbestätigung mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich den Verband Bildung und Erziehung (VBE) lsa, Zahlungen von meinem Konto mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen.

Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, diese Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

_____ Kreditinstitut des Zahlers

_____ BIC _____ IBAN

Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift wird mich der Verband Bildung und Erziehung (VBE) über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

_____ Vorname, Name des Kontoinhabers

_____ Anschrift (PLZ, Ort, Straße)

_____ Ort, Datum

_____ Unterschrift

_____ Name _____ Vorname _____ Geburtsdatum _____

_____ zum _____ Angestellte / Angestellter _____ Beamtin / Beamter _____

_____ PLZ, Wohnort _____ Straße, Nr. _____ Telefon _____

_____ Name der Schule _____ Straße, Nr. _____ Telefon _____

_____ E-Mail-Adresse (für Rückfragen bzw. Aufnahme in den E-Mail-Verteiler – freiwillig)

_____ Ort, Datum _____ Unterschrift

Mitgliedsbeiträge für Vollbeschäftigte Gültig ab 1. März 2012 (Bitte ankreuzen!)

- EG 5 A 6 6,50 € EG 9 A 10 10,00 € EG 13 A 13 14,00 € EG 15 U A 16 19,00 €
 EG 6 A 7 7,50 € EG 10 A 11 11,50 € EG 14 A 14 15,00 € Studierende beitragsfrei
 EG 8 A 8/A 9 9,00 € EG 11 A 12 13,00 € EG 15 A 15 17,00 €
 Rentner/Pensionäre/Umschüler 5,00 € Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst 2,00 €



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Sachsen-Anhalt

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Sachsen-Anhalt
Feuersalamanderweg 25 · 06116 Halle/Saale
Internet: www.vbe-lsa.de
E-Mail: post@vbe-lsa.de



6. Deutscher Schulleiterkongress
23.–25. März 2017
Kongresszentrum CCD Süd | Düsseldorf



6. Deutscher Schulleiterkongress 2017

Schulen gehen in Führung – mit 2.000 Teilnehmern, 100 Vorträgen und Workshops und über 120 Experten ist der DSLK die größte Fachveranstaltung für Schulleitungen im gesamten deutschsprachigen Raum. Seien Sie dabei!



Schirmherrschaft:
**KULTUSMINISTER
KONFERENZ**

- Sofort anwendbare Lösungen für Ihren Arbeitsalltag von über **120 Top-Referenten in über 100 zukunftsweisenden Vorträgen und Workshops!**
- Intensiver Austausch und wertvolle Networking-Gelegenheiten mit Deutschlands renommiertesten Experten und **2.000 Kolleginnen und Kollegen!**
- **All-inclusive-Verpflegung** einschließlich aller Getränke und **VIP-Shuttle-Service** – ohne Extrakosten in einem Kongresszentrum der gehobenen Premiumklasse!
- Ganz ohne Risiko anmelden dank der **kostenlosen Sicherheits-Garantie!**

Hier eine kleine Auswahl unserer über 120 Top-Referenten:



Moderation: Nina Ruge und Lothar Guckeisen



Dr. Eckart von Hirschhausen



Reinhold Messner



Cem Özdemir



Prof. Dr. Dietrich H. W. Grönemeyer



Wolfgang Grupp



Petra Gerster



Dr. Marco Frhr. v. Münchhausen



Ralf Noack



André Sarasani



Dr. Robin J. Malloy



Prof. Dr. Gunter Dueck



Dr. Caroline Lanz



Sahar El-Qasem



Dr. Christa D. Schäfer



Reinhard Kahl



Prof. Marion Hundt



Carsten Groene



Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Eine Veranstaltung von:



Wir sehen uns auf dem DSLK 2017!